NW-Gespräch von Willy Spieler mit Paul Rechsteiner : Alternativen werden wieder thematisiert

Autor(en): **Spieler, Willy / Rechsteiner, Paul**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **97 (2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-144397

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

NW-Gespräch von Willy Spieler mit Paul Rechsteiner

Alternativen werden wieder thematisiert

In den letzten Monaten hat sich Paul Rechsteiner mehrmals in den Neuen Wegen zu Wort gemeldet. Unsere Leserinnen und Leser konnten ihn als historisch bewanderten Politiker kennen lernen, der sich mit dem Bergier-Bericht auseinandersetzt (NW 7-8/02), an Gerhart M. Riegner als «einsamen Vorposten» des Jüdischen Weltkongresses zur Zeit des Nationalsozialismus erinnert (NW 6/02) oder den Bildchronisten der Arbeiterbewegung Roland Gretler ehrt (2/03). Das folgende Gespräch wendet sich Paul Rechsteiner als Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und SP-Nationalrat zu. Es fragt nach gewerkschaftlichen Konzepten und Strategien gegen die gigantische Umverteilung von unten nach oben, wie sie von Neoliberalen und Rechtspopulisten betrieben wird. Wie kann sich die Linke dagegen wehren, wie die Bevölkerung für den sozialen Fortschritt gewinnen? Warum ist es dem SGB bislang nicht gelungen, mit den «christlichen» Gewerkschaften eine gemeinsame Dachorganisation zu bilden? Wir begegnen auch dem Menschen Paul Rechsteiner und seiner Sensibilität für soziale Ungleichheit. *Red.*

Die Gewerkschaften haben eine Wende in den Köpfen herbeigeführt

Willy Spieler: *Paul Rechsteiner, seit vier Jahren bist Du Präsident des SGB. In dieser Zeit sind die Gewerkschaften kämpferischer geworden. Ihr habt den Streik in der Schweiz enttabuisiert und eine wirksame Kampagne gegen Löhne unter 3000 Franken netto lanciert. Gleichwohl findet in diesem Land eine gigantische Umverteilung von unten nach oben statt. Was tun?*

Paul Rechsteiner: Beim Rückblick auf die letzten Jahre ist die Bilanz durchzogen. Wir haben immerhin ein paar *Erfolge* zu verzeichnen. Es ist uns gelungen, mit dem Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz den *service public* auf diesem Gebiet zu verteidigen und gleichzeitig ein starkes Zeichen gegen die Liberalisierungspolitik in der Schweiz zu setzen. Mit der Kampagne «Keine Löhne unter 3000 Franken» haben sich die Gewerkschaften endlich auch um die *tiefsten Löhne* gekümmert. Sie haben eine Wende in den Köpfen herbeigeführt, dass Löhne zum Leben reichen müssen.

WS: *Auch eine Wende in der Wirtschaft?*

PR: Die Erfolge waren auch real. Spektakuläre Erfolge hatten wir bei den *Grossverteilern*. Das hat sich wieder auf Branchen ausgewirkt, in denen wir nicht gut organisiert sind.

WS: *In die Kampagne hatte sich auch das Fernsehen eingeschaltet und zum Beispiel die Löhne bei den Migros angeprangert.*

PR: Die Medien spielen bei diesem «campaining» eine wichtige Rolle. Bei allen sozialpolitischen Auseinandersetzungen ist die Resonanz in der Öffentlichkeit von grosser Bedeutung. Auch beim *Streik* hat sich die Wahrnehmung in der schweizerischen Gesellschaft verändert. Der Bauarbeiterstreik für ein *Rentenalter 60* im letzten November hat unter grosser öffentlicher Resonanz statt-

gefunden. Die überwiegende Mehrheit hat im Streik einen gerechten Kampf gesehen, weil ja die Baumeister den Vertrag mit der GBI gebrochen hatten. Es ist uns gelungen, die *«Ungleichheit vor dem Tod»* zu einem Thema zu machen, also den Umstand zu skandalisieren, dass die Bauarbeiter eine viel kürzere Lebenserwartung haben als der Durchschnitt der Bevölkerung. Das war der Hintergrund einer grossen Wende in den Köpfen der Menschen, die in ihrer Tragweite noch nicht abgesehen werden kann.

WS: *Und trotz allen Anstrengungen diese Umverteilung von unten nach oben!*
PR: Wir hatten in den letzten Jahren eine Phase, wo der Shareholder-value-Kapitalismus zum *Managerkapitalismus* wurde. Die Manager konnten sich beträchtliche Teile der Vermögen von Unternehmen aneignen, die sie führen und deren Interessen sie wahrnehmen sollten. Es hat Missbräuche in bisher nicht bekanntem Ausmass gegeben ...

WS: ... die in der Öffentlichkeit als «Abzockerei» benannt werden ...
PR: ... bis hin zu Machenschaften, die als *kriminell* bezeichnet werden müssen. Wenn ein Manager Gehälter in Dimensionen bezieht, die einen schönen Teil des Unternehmensgewinns ausmachen, dann erfüllt das den Tatbestand der ungetreuen Geschäftsführung. Solche Exzesse der Verantwortungslosigkeit waren bisher in der Schweiz unbekannt.

WS: *Der oberste Manager von Novartis streicht mit aller Selbstverständlichkeit ein Jahreseinkommen von 20 Millionen Franken ein.*
PR: In diesem Gehalt kommt eine hybride Bewertung zum Ausdruck, die in keinem Verhältnis zur Leistung steht, die jemand erbringen kann. Die *Lohnunterschiede* zwischen oben und unten zeigen drastisch, in welcher *Fehlentwicklung unsere Gesellschaft* sich befindet. Besonders bedenklich ist, wenn diese Umverteilung von unten nach oben noch politisch gestützt wird. Die Steuersenkungsprogramme der vereinigten bürgerlichen Parteien nach den Vorgaben der SVP entlasten die höchsten Einkommen und setzen den Sozialstaat unter Druck.

Bis jetzt ist es gelungen, den Sozialabbau zu verhindern

WS: *Das ist doch der Skandal, dass die Umverteilung von unten nach oben auch noch von Staates wegen gefördert wird. Und die bürgerlichen Abbauprojekte gehen munter weiter. Sind wir so schwach, dass wir das nicht verhindern können?*

«Die Lohnunterschiede zwischen oben und unten zeigen, in welcher Fehlentwicklung sich unsere Gesellschaft befindet» (Paul Rechsteiner beim NW-Gespräch am 17. März 2003 im Bundeshaus).

PR: Bis jetzt ist es der Linken und den Gewerkschaften insgesamt gelungen, den Sozialabbau zu verhindern. Obwohl die neoliberale Phase scheinbar zu Ende ist, wird der *Sozialstaat* heute in einem Ausmass *angegriffen*, wie wir es noch kaum je erlebt haben. Die Enttabuisierung wird beim Rentenalter versucht, aber auch bei den AHV-Renten und parallel dazu bei den Pensionskassen-Renten für die unteren und mittleren Einkommen.

Mit Ausnahme des Durchbruchs im «Bau» für die Frühpensionierung hat es kaum mehr gesellschaftliche Fortschritte gegeben. Für eine gesellschaftliche Entwicklung in Richtung mehr Solidarität müsste z.B. die erste Säule in der AHV aufgewertet werden. Der SGB hat an seinem Kongress im letzten Herbst dazu einige Perspektiven formuliert. Zur Kompensation der kalten Degression seit 1980 haben wir die *13. AHV-Rente* verlangt. Wir werden zu diesem Zweck neben den argumentativen Grundlagen eine Reihe von Bewegungsereignissen einleiten. Dazu gehört z.B. ein Rentnerkongress.

Die Linke muss imstande sein, wieder Perspektiven für mehr soziale Sicherheit zu entwickeln. Und dies nicht nur bei der AHV, auch bei den *Kinderzulagen* wäre ein Ausbauschritt dringend notwendig.

WS: *Was ansteht, ist auch die Abstimmung über die Gesundheitsinitiative, die mit einkommensabhängigen Prämien ein Stück Umverteilung von oben nach unten bewirken würde.*

PR: Die Abstimmung vom 18. Mai wird verteilungspolitisch ohnehin unterschätzt. Die gestiegenen Krankenkassenprämien haben die meisten Lohnerhöhungen, wo sie überhaupt durchgesetzt werden konnten, wieder weggefressen. Die *Gesundheitsinitiative* könnte diese Entwicklung korrigieren. Hinzu kommt die Abstimmung über die *Initiative für faire Mieten.* Die Mieten sind bei den Zwangsausgaben der zweite wichtige Ausgabenposten. Die Mieterinnen und Mieter sind angesichts der Desolidarisierungstendenzen in der schweizerischen Politik den Interessen der Hauseigentümer besonders ausgesetzt.

Die ideologische Selbstentmachtung des Staates durch das Bürgertum

WS: *Die Arbeitslosenzahlen steigen, und es fehlt an Lehrstellen. Was sind da die Gegenstrategien der Linken und der Gewerkschaften?*

PR: Wir hatten die ausserordentlich lange Krise der 90er Jahre, in der sich die Gesellschaft an die *Erwerbsarbeitslosigkeit* mit allen sozialen Folgen für die Betroffenen und ihre Familien, aber auch für die davon bedrohten weiten Teile der Bevölkerung gewöhnen musste. Es lässt sich noch kaum ermessen, was es heisst, dass wir jetzt nach wenigen Jahren des konjunkturellen Aufschwungs bereits wieder in einer Krise stecken, deren Ende noch nicht absehbar ist.

Die Linke muss jetzt sehr schnell antreten und auf dem *Verfassungsauftrag* beharren, der – wie schon die alte Bundesverfassung in ihren Wirtschaftsartikeln – vom Staat verlangt, dass er in einer solchen Situation Massnahmen zur Krisenbekämpfung ergreifen muss. Stattdessen dominiert der bürgerliche Spardiskurs, und es werden bei einer insgesamt nicht dramatischen Bundesschuld Sanierungsprogramme vorgeschlagen, die prozyklisch die Wirtschaftskrise noch verschärfen würden.

WS: *Mit welchen Massnahmen wollt Ihr diesem Verfassungsauftrag Nachachtung verschaffen?*

PR: Es gibt diese verbale ideologische Selbstentmachtung des Staates durch die bürgerlichen Parteien und den Bundesrat, als ob der Staat nur dazu da wäre, Steuern zu senken. Da ist es zunächst einmal wichtig, dass die *Interventionsmöglichkeiten des Staates* unterstrichen werden. Basis sinnvollen Handelns ist die Erkenntnis, dass es eine antizyklische Fiskal- und Investitionspolitik des Staates braucht. Für den Fall, dass sich die Krise verschärfen sollte, müssten Investitionsprogramme vorbereitet werden.

WS: *Sind da dem Nationalstaat nicht enge Grenzen gesetzt?*

PR: Es gibt eine weltweite Überproduktion in bestimmten Bereichen, eine *Überinvestitionskrise,* wie die Diagnose lau-

tet. Das zeigt z.B. der Zerfall der New Economy. Die Rezepte des Neoliberalismus haben weltweit versagt. Auf der anderen Seite warten grosse Teile der Welt dringend auf Investitionen in die Infrastruktur, die Bildung, die Überwindung des Hungers. Erst in der Perspektive einer sinnvollen Weltinnenpolitik, die sich an den realen Bedürfnissen der Menschen orientiert, kann die Weltwirtschaft auf lange Sicht wieder stabilisiert werden. Die gegenwärtige Krise widerspiegelt die *Exzesse des Neoliberalismus,* der sich nur an den Interessen der Reichen in den Zentren orientiert.

WS: *Für eine Weltwirtschaftspolitik fehlt aber doch wohl das Instrumentarium?*
PR: Es braucht das Konzept einer anderen Politik. «Eine andere Welt ist möglich», der Slogan von *Porto Alegre* beschwört allerdings eine Alternative, die noch sehr abstrakt ist. Doch die hohe Resonanz einerseits und die Perspektivelosigkeit aller anderen Ansätze anderseits zeigen auch, wie notwendig es ist, weltwirtschaftliche Forderungen zu formulieren, die sich an einer sozialen Entwicklung orientieren. Im Moment ist die Lage desolat. Nicht einmal bescheidenste Forderungen wie die *Tobin-Tax* haben eine Chance. Es gibt noch kein Investitionsprogramm für einen sozialen Fortschritt auf Weltebene.

Aber es ist trotzdem *ermutigend,* dass Alternativen überhaupt wieder thematisiert werden, aber ohne die ideologischen Verengungen des seinerzeitigen real nicht existierenden Sozialismus. Die Entwicklung verläuft ja nie linear, sie kann auch in dialektischen Sprüngen erfolgen.

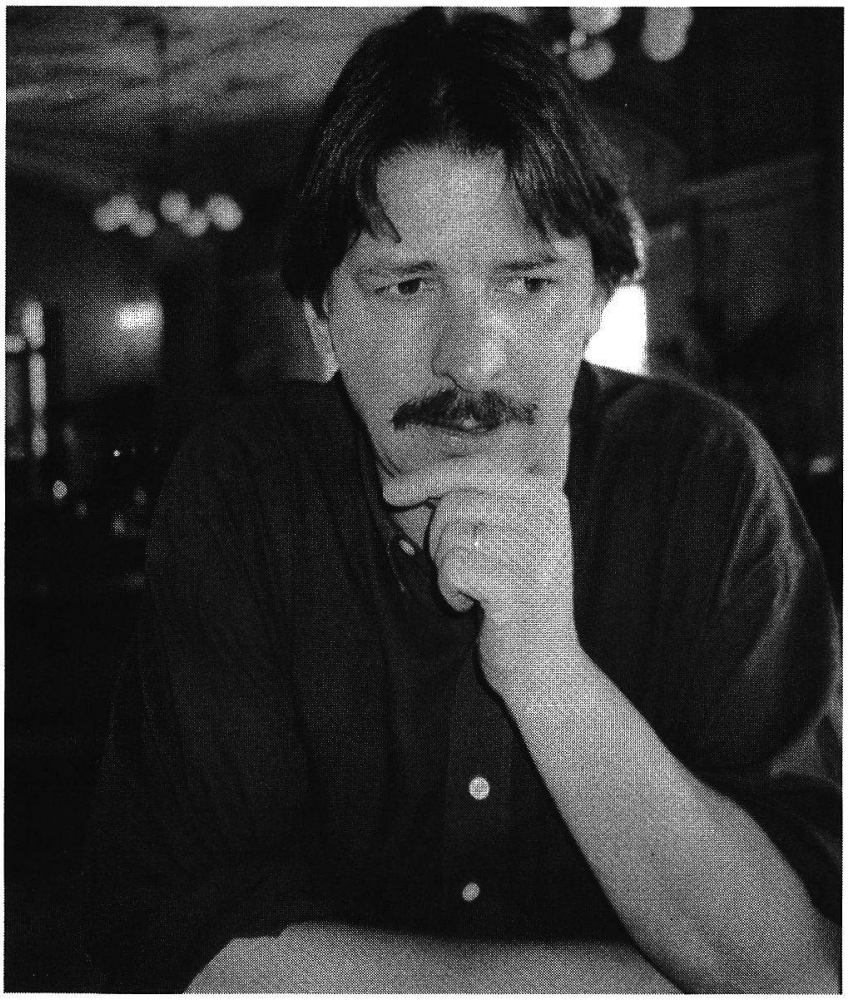
Für eine gerechte Verteilung des Produktivitätszuwachses

WS: *Wieder zurück zur Schweiz. Am 18. Mai kommt auch eine Initiative zur Abstimmung, die Anreize für mehr Lehrstellen schaffen will.*
PR: Die *Lehrstelleninitiative Lipa* gehört zum gewerkschaftlichen Initiativenbouquet. Sie kommt zum richtigen Zeitpunkt. Das Lehrstellenangebot reagiert ja prozyklisch auf die wirtschaftliche Entwicklung. Bei einem Abschwung werden Lehrstellen überproportional abgebaut. Die Initiative fordert demgegenüber, dass das Recht auf eine Lehrstelle nicht davon abhängen darf, wann jemand 16 Jahre alt wird. Betriebe, die keine Lehrstellen anbieten, sollen durch eine bescheidene Abgabe belastet werden, damit die Trittbrettfahrer entweder anderweitige Lehrstellen mitfinanzieren oder selber zur Ausbildung motiviert werden.

WS: *In einem Gespräch mit den Neuen Wegen hat der Generalsekretär der Grünen den Wachstumsdiskurs der Linken kritisiert (NW 2/03). Ist es wirklich mit Nachhaltigkeit vereinbar, wenn wir den Sozialstaat über mehr Wachstum finanzieren wollen?*
PR: Die sozialistische Perspektive besteht nicht in der Verteilung des Mangels. Wenn gepredigt wird, dass alle die Gürtel enger schnallen müssen, dann trifft es jene am meisten, die am wenigsten begütert sind. Es braucht ein *Wachstum,* wenn auch ein *nachhaltiges* im Hinblick auf die ökologischen Folgen. Der Mangel an ökonomischen Perspektiven in weiten Teilen des *Trikonts* zeigt, dass es eine Wachstumspolitik braucht, die auf die politisch relevanten Ziele fokussiert ist, auf eine Basisinfrastruktur, die allen eine Chance gibt. Umverteilung allein kann nicht die Botschaft sein, um umverteilen zu können, braucht es auch eine Entwicklung der Produktivität.

WS: *Es ging im Gespräch mit Hubert Zurkinden nicht um eine Verteilung des Mangels, sondern um eine Umverteilung von oben nach unten. Ausgangspunkt waren die skandalösen Einkommens- und Vermögensunterschiede in unserem Land.*
PR: Ich bin natürlich für eine *harte*

Umverteilungspolitik. Die Entwicklung des Sozialstaates beruht auf Lohnzuwächsen für die unteren und mittleren Einkommen, also auf einer gerechten Verteilung des Produktivitätszuwachses. Sie stellt auch die Basis dar für das *Umlageverfahren bei der AHV*. Die soziale Sicherheit der älteren Generation wird mit dem wirtschaftlichen Produkt der erwerbstätigen Generation bezahlt. Diese sinnvolle Konstruktion setzt aber voraus, dass die nötigen Güter auch wirklich produziert werden.



«Die Abstimmung vom 18. Mai wird verteilungspolitisch unterschätzt» (Bilder: W. Spieler).

WS: *Nur werden die Produktivitätszuwächse mehr zur Gewinnmaximierung als zur Verbesserung der Lohneinkommen eingesetzt. Bis Mitte der 70er Jahre war die gerechte Verteilung des grösser werdenden Kuchens die Formel für den sozialen Frieden in der Schweiz. Da hat sich doch einiges geändert.*

PR: Der sozialpolitische Konsens wurde mit dem neoliberalen Angriff der 90er Jahre durchbrochen. Mit der *Zerstörung der kollektiven Werte* sollten auch die Gesamtarbeitsverträge ausgehebelt werden. Seit der Thatcherschen Revolution in Grossbritannien stehen die Gewerkschaften, die sich für kollektive Absicherungen einsetzen, denn auch im Zentrum der neoliberalen Angriffe. Eine erfolgreiche Umverteilungspolitik setzt den Wiederaufbau der kollektiven Errungenschaften voraus.

Die rechtspopulistische Ausbeutung der Ängste in unserer Gesellschaft

WS: *Du sagtest vor zwei Jahren dem Tages-Anzeiger, notwendig sei eine breite soziale Bewegung, um den Rechtspopulismus einzudämmen. Ist es möglich, die Ängste, die Blocher und Co. ausbeuten, durch ein neues soziales Projekt aufzufangen?*

PR: Die Debatten in der Öffentlichkeit bewegen sich zwischen zwei Polen: In der Debatte über *Ausländerfragen*, Immigration und Asylsuchende dominieren die fremdenfeindlichen Kräfte, während die solidarischen Kräfte in diesem Kampf um die Menschenrechte in der Defensive sind. In der Auseinandersetzung um den *Sozialstaat* und die *Löhne* ist die Linke dagegen in der Offensive. Wir müssen diesen Kampf um die grossen sozialen Fragen führen. Dieser Kampf integriert die weniger Privilegierten, während die Fremdenfeinde sie gegeneinander auszuspielen versuchen.

WS: *Ein bekannter Meinungsforscher macht aus der Defensive ein Defensivthema, zu dem sich die Linke nicht äussern solle, wenn sie nicht unbedingt müsse. Das kann ja wohl nicht die Lösung sein.*

PR: Die Ängste in unserer Gesellschaft werden von den rechtspopulistischen Kräften in eine Richtung formuliert und ausgebeutet, die mit den Menschenrechten nicht mehr vereinbar ist. Wir müssen die *menschenrechtliche Perspektive* dagegenhalten, dass alle Menschen gleich sind und daher auch die gleichen

Rechte haben. Die *Gewerkschaften* sind der Ort, wo Schweizerinnen und Schweizer dieselben Rechte haben wie ihre Kolleginnen und Kollegen ohne Schweizerpass. Diese Anknüpfung an die sozialen Realitäten sollte sich auch auf eine andere Sicht der Gesellschaft insgesamt auswirken.

WS: *Zu benennen wäre auch das gigantische Ablenkungsmanöver der Rechtspopulisten, die auf der einen Seite Sozialabbau betreiben und auf der anderen Seite den Fremden die Schuld zuweisen, wenn es den Leuten schlechter geht.*
PR: Das ist die Realität der Blocherschen Politik, ja.

Die Gewerkschaftsbewegung ist in einem gewaltigen Umbruch

WS: *Nötig wäre, wie Du sagst, eine breite soziale Gegenbewegung. Aber die Gewerkschaften leiden an Mitgliederschwund. Auch die Angestelltenverbände zieren sich, wenn es um die Frage einer gemeinsamen Dachorganisation geht.*
PR: Die Gewerkschaftsbewegung ist in einem gewaltigen Umbruch. Der traditionelle Industriesektor und die ehemaligen Regiebetriebe des Bundes, in denen die Gewerkschaften stark waren, sind einem geradezu revolutionären Wandel unterworfen. Die Angriffe auf die Löhne und den Sozialstaat führen aber auch zu einer *Annäherung der Positionen.* Die früheren ideologischen Gegensätze der verschiedenen Arbeitnehmer-Dachorganisationen sind weitgehend dahingefallen. In den zentralen Fragen vertreten wir die gleichen Positionen, z.B. in der Sozial- und Steuerpolitik.

WS: *Ist es nur noch der unterschiedliche «Stallgeruch», der die Organisationen* trennt?
PR: Die Entwicklung der sozialen Realität wird in den Apparaten vorläufig noch ungenügend nachvollzogen, obwohl an der Basis mehr ins Rollen gekommen ist, als wir vor wenigen Jahren noch erwarten konnten. Der SGB verfolgt eine *Politik der Öffnung und der Kooperation* mit allen anderen Verbänden. Die Gewerkschaften sind ja schliesslich nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zur möglichst wirksamen Vertretung der Interessen der Arbeitnehmenden. Leider war es bis anhin noch nicht möglich, eine breite pluralistische Dachorganisation für alle Arbeitnehmerorganisationen zu schaffen. Es ist aber noch nicht aller Tage Abend.

WS: *Einige dieser Angestelltenverbände stehen ja auch unter der Leitung von SP-Politikern.*
PR: Man darf immerhin sagen, dass die Öffnungspolitik des SGB Wirkung gezeigt hat, indem traditionelle Angestelltenverbände wie der *Verband des Bankpersonals* bereits assoziiertes Mitglied des SGB ist. Auch der *Berufsverband für soziale Arbeit* hat den Schritt zum SGB gemacht.

Die grösste Veränderung im SGB ist die Bildung der *Interprofessionellen Gewerkschaft (IPG),* die im Jahr 2004 aus der Fusion der GBI und des SMUV hervorgehen wird. Mit dieser Fusion können früher als unüberbrückbar empfundene Gegensätze zwischen den beiden wichtigsten Verbänden des privaten Sektors überwunden werden. Wenn es gelingt, diesen Schritt für den überfälligen gewerkschaftlichen Aufbau in den wachsenden Sektoren des Tertiärbereichs fruchtbar zu machen, dann ist das ein entscheidender Schritt für die Stärkung der Gewerkschaften in der Schweiz insgesamt.

Zusammenarbeit mit den «christlichen» Gewerkschaften

WS: *Auch Travail.Suisse hat dem SGB einen Korb gegeben. Die sog. christlichen Gewerkschaften wollten nicht mit dem SGB unter ein gemeinsames Dach, sondern gründeten im letzten Dezember ihre eigene Dachorganisation mit etwa*

100 000 Mitgliedern. Warum ist das Projekt «Einheitsgewerkschaft» gescheitert?
PR: Von «Einheitsgewerkschaft» sprechen jene, die etwas dagegen haben. Im SGB hat niemand diese Idee von einer «Einheitsgewerkschaft».

WS: *In der Bundesrepublik Deutschland hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Sache einer gemeinsamen Gewerkschaft aller Arbeitenden unter diesem Begriff durchgesetzt.*
PR: Für den SGB war immer klar, dass ein *gemeinsames Dach* nur ein *pluralistisches* sein könnte. Das gewerkschaftliche und politische Spektrum im SGB ist so breit, dass die Organisationen, die jetzt bei Travail.Suisse sind, hier durchaus ihren Platz finden würden. Im übrigen arbeiten wir konstruktiv mit Travail.-Suisse zusammen.

Allerdings besteht die Gefahr, dass die *Bedürfnisse nach Abgrenzung* zunehmen, weil sich der kleine Bruder gegen den grossen Bruder profilieren muss. Travail.Suisse ist gegen die Lehrstelleninitiative und für Rentensenkungen bei den Pensionskassen. Travail.Suisse stand auch beim Referendum gegen das Elektrizitätsmarktgesetz nicht auf unserer Seite. Gewonnen haben wir aber auch ohne sie. Im Gegensatz zu Travail.Suisse sind die Gewerkschaften des SGB mit gewissen Unterschieden auch Teil der Antiglobalisierungsbewegung.

Wenn *künstliche Unterschiede* hervorgehoben werden, besteht die Gefahr, dass die Interessenvertretung der Beschäftigten auf längere Sicht geschwächt wird. Die Perspektive einer gemeinsamen Zukunft hängt wie so oft von der Weisheit der Akteure und Akteurinnen an der Spitze der Organisationen ab, liegen doch die Positionen im Kampf um den Sozialstaat oder für bessere Löhne inzwischen sehr nahe beieinander. Die Unterschiede sind jedenfalls nicht wesentlich grösser als unter den Verbänden des SGB selbst.

WS: *Diesen «Narzissmus der kleinen Differenzen» gab es schon zu Zeiten des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes (CNG).*
PR: Es sei mir aber auch eine selbstkritische Bemerkung erlaubt: Die Führung des CNG hatte in den 80er Jahren eine Öffnung in Richtung SGB in die Wege geleitet. Die damaligen Führungsgremien des SGB haben rückblickend in sehr fragwürdiger Weise den christlichen Gewerkschaften die kalte Schulter gezeigt. Es fehlte unseren Vorgängern der Weitblick, um über den eigenen Schatten zu springen. Nach meinen Erfahrungen im SGB hat die Kooperation mit dem CNG gut funktioniert.

WS: *Hast Du den Eindruck, dass die sog. christliche Identität bei Travail.Suisse überhaupt noch eine Rolle spielt?*
PR: Auf der Ebene des Dachverbandes eigentlich nicht, aber in Regionen wie *Wallis oder Tessin* ist diese Identität noch sehr stark spürbar. An anderen Orten fehlt sie vollkommen.

WS: *Wenigstens argumentieren die Leute von Travail.Suisse in der Auseinandersetzung mit dem SGB nicht mehr «christlich». Dafür sagen sie von sich, sie seien weniger «etatistisch» und hätten politisch ein «niedrigeres Profil» als der SGB. Ist da was dran?*
PR: Ich habe die paar Punkte genannt, an denen die Gegensätze deutlich geworden sind. Auf der anderen Seite sind die Anforderungen an die gewerkschaftliche Politik so sehr gestiegen, dass wir für die nötige Sachkompetenz unsere beschränkten *Ressourcen bündeln* müssen.

Den grossen Worten der Kirchen folgen kleine oder keine Taten

WS: *Wenn ich an Deine Rede zum Abschluss der Ökumenischen Konsultation am Bettag 2001 denke, wäre auch ein Bündnis mit den Kirchen denkbar. Es gibt eine sozialethische Übereinstimmung, die wohl noch nie so gross war.*

PR: Wir stellen gerne fest, dass sich die Kirchen in ihren *Dokumenten* nicht am neoliberalen Diskurs orientieren und andere Werte vertreten als die politischen Repräsentanten der Wirtschaft, die sich als solche sehen...

WS: *... und erst noch als Christen.*
PR: Dabei stehen die Kirchen der Linken und den Gewerkschaften näher als den bürgerlichen Parteien. Die Realität zeigt leider, dass die massgebenden Kirchenleute davor zurückschrecken, das auch sichtbar zu machen. Bei einer so elementaren Frage wie dem Beschwerderecht gegen willkürliche und fremdenfeindliche *Einbürgerungsentscheide* war es leichter, den Arbeitgeberverband zu einer gemeinsamen Intervention zu veranlassen als die Kirchen. Bei den Sanspapiers gab es einzelne Kontakte mit guten Ergebnissen. Aber insgesamt besteht für die Zusammenarbeit noch sehr viel Entwicklungsbedarf. Die Positionen in diesen Dokumenten würden weit mehr erlauben.

WS: *Den grossen Worten folgen mit anderen Worten nur kleine Taten.*
PR: Oder gar keine.

WS: *Wenn ich daran denke, dass der Reformierte Weltbund einen «processus confessionis» zur Überwindung des neoliberalen Kapitalismus ausgerufen hat, dann positionieren sich diese Papiere heute links von der politischen Linken in Europa. Leider wird in den Ortskirchen nichts davon rezipiert.*
PR: Wenn die grosse Verunsicherung angesichts der ökonomischen und politischen Weltlage weitergeht wie in den letzten Jahren, könnten auch in den Kirchen wieder neue Entwicklungen möglich werden. So problematisch viele Verlautbarungen aus dem Vatikan anmuten, ist doch der eigenständige und reflektierte Kurs des *Papstes* im Zusammenhang mit dem *Irak-Krieg* sehr bemerkenswert.

Viele Unternehmer sind stolz, dass ihre Betriebe «gewerkschaftsfrei» sind

WS: *1976 gab es eine gemeinsame Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften. Das Fundament war auch damals die Sozialethik, wie sie von den Kirchen und von Theologen wie Arthur Rich entwickelt wurde. Seither ist es still geworden um diese Forderung. Hat Demokratisierung der Wirtschaft den früheren Stellenwert bei den Gewerkschaften verloren?*
PR: Die *Mitbestimmungsinitiative* hatte mit einer derartigen Niederlage geendet, dass diese Forderung für Jahre vom Tisch war. Es handelt sich sicher um ein Kapitel, das neu belebt werden müsste. Wenn ich die aktuellen Positionsbezüge des SGB an seinem Kongress vom letzten Oktober betrachte, dann hat die Reflexion der Veränderungen in den 90er Jahren doch klare Resultate hervorgebracht: Das Grundsatzpapier fordert, dass die individuellen und kollektiven Grundrechte auch für die Beschäftigten am Arbeitsplatz gelten müssen.

WS: *Im Vordergrund stehen aber immer nur die Schutzrechte, während die Partizipationsrechte kaum erwähnt werden.*
PR: Wenn der *Persönlichkeitsschutz* nicht nur gegenüber dem Staat, sondern auch im Arbeitsverhältnis gilt, so hat das Konsequenzen. Dazu gehören die freie Meinungsäusserung, das Recht auf Kritik und das Recht, vor wichtigen Entscheidungen angehört zu werden. Hinzu kommen die *kollektiven Rechte* auf Koalition, auf Kollektivverhandlungen und auf gewerkschaftlichen Zugang im Betrieb. Ein grosser Fortschritt ist die Wiedereroberung des *Streikrechts,* durch die Verankerung in der Verfassung und vor allem in der Praxis. Die Streiks der letzten Jahre waren weitgehend erfolgreich.

Welche Schritte noch nötig sind, zeigt die Tatsache, dass diese kollektiven Arbeitsrechte, das Recht auf gewerkschaft-

liche Organisierung und das Recht auf Kollektivverhandlungen, zu den «core labour standards», zum *harten Kern der Arbeitsrechte* auf der Weltebene gehören, der sogar von der WTO aufgenommen worden ist. Ein Blick auf die Betriebe in der Schweiz zeigt, dass diese gewerkschaftlichen Grundrechte noch immer nicht respektiert werden. Viele Unternehmer sind stolz darauf, dass ihr Betrieb «gewerkschaftsfrei» ist. Der Aufbau eines gewerkschaftlichen Selbstbewusstseins, formuliert auf der rechtlichen Ebene und vorallem in der Praxis, hat durchaus eine Perspektive. Die Wiederentdeckung oder *Wiedereroberung des Kollektiven* nach einem neoliberalen Jahrzehnt der gepredigten Vereinzelung ist eine zentrale Voraussetzung weiterer Fortschritte.

Frühe Sensibilität für soziale Ungleichheit

WS: *Welches ist Deine Motivation für Dein grosses, umfassendes und stets präzis erarbeitetes Engagement? Du bist auch sehr präsent, wenn es um Fragen des Rechtsstaates oder um die Aufarbeitung der jüngeren Schweizer Geschichte geht.*

PR: Du darfst nicht vergessen, dass die Arbeit bei den Gewerkschaften eine *kollektive Arbeit* mit vielen motivierten und intelligenten Menschen ist. Meine Sensibilität für soziale Ungleichheit ist sehr früh geschärft worden durch die *Erfahrung der Armut* in meiner Kindheit und Jugend. In meiner Familie und Verwandtschaft bin ich in meiner Generation auch der einzige, der studiert hat. Ich kann mir daher vorstellen, was die Ungleichheit für junge Menschen aus weniger privilegierten Verhältnissen heute bedeutet, z.B. mit Blick auf die sehr unsicheren beruflichen Zukunftsperspektiven.

WS: *Was hat Dich politisiert?*

PR: Kein einzelnes Ereignis, sondern die frühe Entdeckung, wie die Gesellschaft funktioniert. Dann habe ich einen eigenen Weg eingeschlagen gegenüber meinem Milieu, das neben der «Klassenlage» auch vom Katholizismus geprägt war.

WS: *Was erwartest Du von den bevorstehenden Wahlen?*

PR: Ich hoffe, dass die Linke, soweit sie sich elektoral präsentiert – also in erster Linie die Partei, der ich selbst angehöre, aber auch die Grünen und Alternativen – in der Lage ist, die soziale Frage zu politisieren. Nur wenn der Wahlkampf unter dieser sozialen Perspektive, ausgehend von den *realen Bedürfnissen der Menschen,* geführt wird, dürfen wir mit einem Erfolg rechnen. •

Aus Redaktion und Redaktionskommission

Im zu Ende gehenden Vereinsjahr erwies sich ein zweimaliger Wechsel in der Administration als notwendig. Dabei sind wichtige Daten verlorengegangen. Wir wissen nur, dass nicht alle Rechnungen für das Abonnement 2003 verschickt wurden. Es ist uns aber trotz den VESR-Nummern auf den Einzahlungsscheinen nicht möglich, alle eingegangenen Zahlungen den Namen unserer Abonnentinnen und Abonnenten zuzuordnen.

Der Vorstand der Freundinnen und Freunde der Neuen Wege hat daher beschlossen, die ***Abo-Rechnungen*** *in den nächsten Wochen noch einmal zu verschicken. Er entschuldigt sich bei den Leserinnen und Lesern, die ihr Abo schon bezahlt haben, und bittet sie, diese Rechnungen nicht zu beachten.*

Willy Spieler